

Energie**Liebe Leserinnen und Leser,**

am 26. Februar haben über 15.000 Menschen gegen den Wahnsinn der Atomenergienutzung, der angesichts der unlösbaren Atommüll-Entsorgung besonders deutlich wird, demonstriert. Und das auf eine ganz besondere Weise: Eine Demonstrations-Lichterkette führte von Braunschweig bis zur etwa 25 Kilometer entfernten maroden Atommüllkippe Asse und nochmal so weit zum geplanten Atomendlager Schacht Konrad in Salzgitter. Damit wurde ein unübersehbares Zeichen gesetzt! Der Vorstand des BBU dankt allen Initiativen, die diese Großaktion organisiert haben, und er dankt allen Menschen, die durch ihre persönliche Teilnahme zum Gelingen der Lichterkette beigetragen haben.

Jetzt ist weiteres Engagement gefordert, um im Bundestagswahljahr zu verdeutlichen, dass wir endlich einen echten Atomausstieg brauchen. JedeR EinzelneR kann auf persönliche Art und Weise aktiv werden, im privaten Bereich, und / oder als Mitglied einer Anti-Atomkraft-Bürgerinitiative. Und wo es noch keine Umweltgruppe oder Bürgerinitiative gibt, ist der BBU gerne bereit, bei der Gründung einer BI zu helfen. Tipps und Ratschläge gibt es dazu in der BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032 und bei allen Vorstandsmitgliedern.

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch einen guten Start in den Frühling



Quelle: Vattenfall Kraftwerk Schwarze Pumpe

Undemokratische Eile

Bundesregierung bereitet ein Gesetz vor, das die Abscheidung und Einlagerung von CO₂ regeln

Glaubt man den Lobbyisten der Energiekonzerne, dann ist der Stein der Weisen gefunden. Man braucht das Klimagas CO₂ nur in den Kraftwerken abtrennen und dann im Untergrund oder am Boden der Ozeane einlagern, und schon sind alle Energie- und Klimaprobleme gelöst.

Dass allerdings noch allerlei technische Fragen offen sind, dass das Ganze eine recht kostspielige und nicht zuletzt energieaufwändige Angelegenheit sein wird, findet bestenfalls im Kleingedruckten Erwähnung. (...)

Ungeklärt ist bisher auch noch der rechtliche Rahmen für die noch zu entwickelnde Technik, mal davon abgesehen, dass noch keiner weiß, wo in Deutschland das Treibhausgas eingelagert werden könnte. Fragen nach der Haftung für CO₂-Lagerstätten wären zu klären, nach den Bestimmungen für den Bau von entsprechenden Pipelines, den Zugang zu diesen und manches mehr.

Abhilfe soll ein neues "Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid" schaffen, von dem seit einigen Wochen ein erster Referentenentwurf vorliegt. Umwelt- und Wirtschaftsministerium haben sich inzwischen zusammengerauft, aber noch gibt es einige Widerstände in der SPD-Fraktion. Wenn die überwunden sind, soll der Entwurf nächste Woche vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Mit verkürzten Fristen könnte er dann bis zum Sommer noch durch Bundestag und Bundesrat gebracht werden. Angesichts seiner weitreichenden Bedeutung eine ziemlich undemokratische Eile. (...) aus einem Artikel in Telepolis

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29907/1.html>

Energie

CCS: Ein sicheres Geschäft für die Energiekonzerne – Unsicherheit für die betroffenen Bürger

(H.G) Die Planungen von neuen Kohlekraftwerken boomen aufgrund der zur Zeit durchgeführten Forschungen zur Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung. Der Neubau von „klassischen“ Kohlekraftwerken ist politisch wegen der aktuellen Klimadiskussion nicht mehr durchsetzbar – doch durch die CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage) lassen sich scheinbar CO₂-freie Braun- und Steinkohlekraftwerke wieder vermarkten. Doch die geplanten Kohlendioxidspeicherungen in Nordfriesland, in Ostholstein und in der Altmark haben die Bürger aufgeschreckt. Diese neue Technik stand immer schon auf sehr wackligen Beinen und nun werden die Widerstände immer größer. Dabei spielt neben der Frage nach Sicherheit, Nutzen und Kosten auch eine Rolle, dass Kohlendioxid nur versteckt statt vermieden und dadurch die Entwicklung einer wirklich CO₂-armen Energiegewinnung behindert wird.

Da die Genehmigung der CO₂ Speicherung in der Altmark in Sachsen-Anhalt ins Stocken gekommen ist, wurde kurzerhand ein Forschungsprojekt im brandenburgischen Ketzin modifiziert. Zwar war den Forschern nur erlaubt worden reines Kohlendioxid, das auch in der Lebensmittelindustrie verwendet wird, zu speichern um die Prozesse im Untergrund zu untersuchen. Aber da Vattenfall ein Problem mit seinem CO₂-Abfall aus dem Demonstrationskraftwerk Schwarze Pumpe im Süden des Landes Brandenburg hat, dürfen sie nun auch verschmutztes CO₂ in den Untergrund einleiten. Dass man zur Zeit noch fast nichts über die Ausbreitung des CO₂s im Untergrund weiß, spielt scheinbar keine Rolle.

Zu diesem Thema hat der BBU zusammen mit dem VSR-Gewässerschutz auch schon eine Presseerklärung herausgegeben. <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/PE%20CCS%20Ketzin.pdf>

Atommüll

(U.B.) Ein süddeutscher Atomkraftgegner hat den BBU auf eine Petition hingewiesen: [Nukleare Entsorgung - Verursacherprinzip](#). In seiner Mail schreibt der Aktivist: „Es müssen 50.000 Mitzeichner zusammen kommen, damit sich der Petitionsausschuss des deutschen Bundestages damit befassen muss. Erst vor zwei Wochen hat erstmalig eine Petition diesen Sprung geschafft (Bedingungsloses Grundeinkommen). Dafür gab es Einiges an Aufmerksamkeit, auch in den etablierten Printmedien. Lassen Sie uns dieses Instrument der direkten Demokratie nutzen, um dem Bundestag und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass Atomkraft keine Lösung für die Zukunft ist. Die Unterschrift kann **Online bis zum 28.03.2009** geleistet werden.“ Bisher wurde die Petition von fast 3000 Personen unterschrieben.

Harrisburg

(U.B.) Vor dreißig Jahren hat sich in Harrisburg (USA) eine der bisher schwersten AKW-Katastrophen ereignet. Hier als „Erinnerung“ für „ältere“ AtomkraftgegnerInnen, bzw. als Hintergrundinformation für „jüngere“ AtomkraftgegnerInnen ein Spiegel-Interview vom April 1979: <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=40350479&top=SPIEGEL>.

Uranabbau

Bei ihrer Propaganda für die Atomenergie blendet die Atomindustrie die Schattenseiten des Uranabbaus gerne aus. Und: Die Uranvorkommen gehen ihrem Ende entgegen. Hier ein aktueller Bericht über den internationalen Uranmarkt:

www.rohstoffe-go.de/energie/rohstoffnews/beitrag/id/Uran_Droht_eine_Angebotskrise_ID78122.html.

Frieden

1.-5. April: Nato-Gipfelaktionen

(U.B.) Das Netzwerk Friedenskooperative (mit Sitz in Bonn) mobilisiert zu Aktionen gegen das Nato-Gipfeltreffen. In einer Rundmail des Netzwerkes heißt es dazu: „Initiativen und Organisationen wollen sich zu den Gipfeltreffen Anfang April lautstark zu Wort melden und den G20-Finanz- und den Nato-Gipfel mit Demonstrationen und Protestaktionen begleiten. Wir (...) bitten um Unterstützung für die von massiven staatlichen Behinderungen bedrohten Protestaktionen. (...)

Beim NATO-Gipfel wollen die Staats- und Regierungschefs des Militärbündnisses Weichen für die Fortschreibung der NATO-Strategie stellen. Bisher agiert die NATO am Völkerrecht vorbei, reklamiert zur Durchsetzung ihrer Interessen die ganze Welt als Einsatzraum, führt Kriege mit vielen zivilen Opfern und droht in ihrer Nukleardoktrin mit atomaren Erstschlägen. Es spricht wenig dafür, dass sich das mit einem US-Präsidenten Barack Obama wesentlich ändern wird. Hauptthema beim Gipfel zum 60sten Jubiläum am 3./4. April wird die Verstärkung des NATO-Einsatzes im Afghanistankrieg sein.“ Informationen gibt es im Internet unter www.friedenskooperative.de.

Am 16.2.09 berichtete die Badische Zeitung über einen mobilen „Rechtsbeistand für Nato-Gegner“: Wie schon bei den Protesten gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wird es auch bei Demonstrationen gegen den Nato-Gipfel Anfang April so genannte Legal Teams von Anwälten geben, die bei Verhaftungen, ausgesprochenen Platzverweisen oder Demonstrationsverboten kurzfristig vor Ort eingreifen können. Für eine dieser Gruppen wird der Offenburger Rechtsanwalt Reinhard Kirpes Räumlichkeiten in seiner Kanzlei zur Verfügung stellen“:

www.badische-zeitung.de/strassburg/mobiler-rechtsbeistand-fuer-nato-gegner--11582370.html .

Internationaler Friedensmarsch

(U.B.) Ein internationaler Friedensmarsch wird am 23. Tschernobyljahrestag (26.4.) in Genf starten und durch die Schweiz, Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Belgien führen. Er endet am 16.7.2009 und steht unter dem Motto "Für eine Zukunft ohne Atomkraft". Interessierte sind herzlich zum Mitlaufen eingeladen. In einem Aufruf zum Friedensmarsch heißt es: "Entlang der Route besuchen wir Orte, die von der Atomindustrie betroffen sind. Wir werden unterwegs mit den BewohnerInnen darüber sprechen, was in den einzelnen Ländern passiert und die lokalen Themen in einen globalen Zusammenhang stellen."

In der Bundesrepublik führt der Friedensmarsch durch den süddeutschen Raum rund um Freiburg. Es wird noch vielfältige Unterstützung gesucht (Schlafplätze, örtliche Infoarbeit, MitläuferInnen ...). Weitere Informationen gibt es bei Stephanie Auth, peacewalkgermany@googlemail.com. Übrigens: In Solidarität mit indigenen Völkern auf der ganzen Welt ist dieser Marsch nach Angaben der VeranstalterInnen alkohol- und drogenfrei. Infos im Internet unter: www.footprintsforpeace.net.

Ostermärsche

(U.B.) Ebenso wie in den letzten Jahren (oder Jahrzehnte!) finden zu Ostern wieder die Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf den Ostermarsch in Stendal hingewiesen (Ostermontag, 13.4.09), bei dem es eine starke inhaltliche Verknüpfung der Bereiche Militarismus und Umweltzerstörung gibt. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de>.

Ausführliche Informationen und Terminhinweise zu den weiteren Ostermärschen, auch in anderen Ländern, gibt es im Internet unter <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2009.htm>. Die Ostermärsche finden traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung statt.

Wasser & Strahlenbelastung

Höhere Tritiumbelastung

(H.G) Wenn man die Tritiummesswerte des Abwassers verschiedener AKWs im Jahresbericht 2007 „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung“ durchsieht, ergibt sich folgendes Bild:

	2007 in Bq/l	2006 in Bq/l	Erhöhung
Isar 1 und 2	281	230	22 %
Emsland	4670	2660	76 %
Unterweser	34	18	89 %
Biblis	113	54	109 %
Grafenrheinfeld	143	126	13 %
Grundremmingen	176	164	7 %
Brockdorf	24,9	21,6	15 %

In zwei „Kleinen Anfragen“ wollten die Linken von unserer Bundesregierung noch mehr Informationen zur Tritiumbelastung unserer Flüsse erhalten. So interessierte die Abgeordnete: „In welchem Maße wird die Belastung der Gewässer mit Tritium in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen?“ Hierzu stellte unsere Regierung fest: „Die jährliche Ableitungen von Tritium aus kerntechnischen Anlagen mit dem Abwasser haben sich in den letzten Jahren nur wenig verändert, tendentiell aber eher leicht abgenommen.“

(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612217.pdf>)

Diese Aussage widerspricht klar den Veröffentlichungen des BfS. Auch an anderer Stelle müssen Zweifel aufkommen. Es klingt zwar einleuchtend „Die Entstehung von Tritium in den KKW ist proportional der erzeugten Strommenge. Mit der Stilllegung weiterer KKW ist eine weitere Verringerung der Tritiumableitungen verbunden.“ Nur lässt sich dies leider aus dem Jahresbericht so einfach nicht ableiten. Auch bei den erst vor kurzem stillgelegten Reaktoren Obrigheim und Stade stieg die Tritiumkonzentration im Abwasser an. Trotzdem ist die Stilllegung aller Atomkraftwerke das einzige Mittel die Tritiumbelastung unserer Umwelt zu senken.

Strahlenexposition durch natürliche Radionuklide im Trinkwasser

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat im Auftrag des Bundesumweltministeriums eine umfangreiche Untersuchung zur Bestimmung der durch natürliche Radionuklide im Trinkwasser hervorgerufenen Strahlenexposition durchgeführt. Dadurch wurde erstmals eine aussagekräftige Übersicht über die Strahlenexposition der Bevölkerung durch natürliche Radionuklide im Trinkwasser in der Bundesrepublik vorgelegt. Untersucht wurden 582 Trinkwasserproben. In 9,7 % der untersuchten Proben wurden Überschreitung der zugrunde gelegten Dosiswerte festgestellt.

Nun bietet das Umweltbundesamt und das Bundesamt für Strahlenschutz den Wasserversorgungsunternehmen und -verbänden sowie den Gesundheits- und Umweltbehörden der Länder ihre fachliche Unterstützung bei der Reduzierung der Trinkwasser-Belastung mit natürlicher Radioaktivität an. Technische Maßnahmen zur Verringerung der radioaktiven Inhaltsstoffe im Trinkwasser auch unterhalb der Richtdosis stehen nach Angaben des Umweltbundesamtes derzeit nur bedingt zur Verfügung. Radon lässt sich durch Belüften des Wassers entfernen. Bei anderen wichtigen Radionukliden wie zum Beispiel Radium werden hingegen neue Filtertechniken entwickelt.

Quelle: Pressemitteilung vom BMU / Trinkwasserstudie des BfS: <http://www.bfs.de/de/ion/nahrungsmittel/trinkwasser.html>



Gentechnik / Waldsterben**Gen-Mais-Verbot**

Über 26.000 Menschen haben in den letzten sechs Tagen einen Appell an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner unterzeichnet, mit dem sie ein Verbot des Gen-Mais MON810 bis zur Aussaat im April fordern. Nachdem der EU-Ministerrat am 2. März entschieden hat, dass Österreich und Ungarn Gen-Mais in ihrem Land verbieten können, ist jetzt auch in Deutschland der Weg für ein Anbauverbot frei. Ministerin Aigner hat bereits angekündigt, ein solches Verbot zu prüfen. "Die Ausrede, Brüssel würde ein Anbauverbot von Gen-Mais sofort kassieren, zieht nicht mehr. Wenn Ilse Aigner Österreich und Ungarn ein Verbot von Gen-Mais auf Grund der hohen Risiken für Mensch und Natur gestattet, muss sie den Mais auch bei uns von den Feldern verbannen", so Stefanie Hundsdorfer, Gentechnik-Campaignerin beim Online-Netzwerk Campact.

"Die Zeit drängt: Ab Mitte April wird ausgesät, spätestens dann muss ein Verbot in trockenen Tüchern sein." "Die hohe Beteiligung an der Online-Aktion demonstriert Frau Aigner, dass die Menschen entschiedene Schritte gegen Gentechnik erwarten. Sie wollen nicht, dass Gen-Mais verfüttert wird und damit als Käse, Milch, Eier und Fleisch auf ihrem Teller landet", so Hundsdorfer weiter. "Die Bürger schauen der Ministerin genau auf die Finger, ob sie ihren gentechnikkritischen Worten auch Taten folgen lässt. Im Superwahljahr 2009 muss die Ministerin wissen: Wer Gen-Mais sät, wird enttäuschte Wähler ernten", unterstreicht Hundsdorfer. Die Online-Aktion wird vom Online-Netzwerk Campact getragen und von einem breitem Bündnis aus über 20 Bio-, Umwelt- und Imkerorganisationen unterstützt.

Die Online-Aktion findet sich unter: <http://www.gen-mais-stoppen.de/> Kontakt: Stefanie Hundsdorfer, Campact e.V.: hundsdorfer@campact.de, 04231-957452 Pressemitteilung vom 13.3.09

Waldsterbensbericht 2008

Gesunde Eichen und Buchen, die muss man schon suchen. Denn 84 % der Eichen und 76 % der Buchen in den deutschen Wäldern sind geschädigt. Dies geht aus dem am Freitag vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) veröffentlichten Bericht über den Zustand des Waldes 2008 hervor. Nur 31 % des Waldes insgesamt sehen äußerlich noch gesund aus. Die Pressemitteilung des Ministeriums zu diesen seit Jahren dramatisch hohen Schadenswerten präsentiert sich als ein Dokument der Untätigkeit und Peinlichkeit.

Das Bundesministerium sähe weiterhin Handlungsbedarf bei der weiteren Minderung der Stickstoffeinträge, heißt es dort. „Das ist an sich genau richtig und dringend“, so Rudolf Fenner, Waldreferent bei ROBIN WOOD, „allerdings verschweigt diese Erklärung, dass die Landwirtschaft selbst - genauer gesagt die landwirtschaftliche Tierproduktion - der bei weitem größte Luftverschmutzer mit Stickstoff ist“. Und während die Stickstoffemissionen im Energiesektor durch Entstickungsanlagen und im Verkehrssektor durch den Katalysator tatsächlich verringert wurden, tut sich im Landwirtschaftsbereich so gut wie nichts. Mehr als die Hälfte (55 %) aller Luftverschmutzung durch Stickstoffverbindungen stammen heute nach den Zahlen des Umweltbundesamtes aus der Landwirtschaft, doppelt so viel wie aus dem Verkehrsbereich, dem zweitgrößten Stickstoffemittenten. Eine Abkehr von der Turbo-Massen-Tierproduktion wäre ein wirkungsvoller Schritt. Doch davon steht in der Erklärung nichts. (...)

Für Rückfragen: Rudolf Fenner, Waldreferent, Tel. 040 / 380 892-11, [wald\(at\)robinwood.de](mailto:wald(at)robinwood.de) Ute Bertrand, Pressesprecherin, Tel. 040 / 380 892-22, [presse\(at\)robinwood.de](mailto:presse(at)robinwood.de)

Aus einer Pressemitteilung vom 23.02. von Robin Wood. Gesamter Text: <http://www.robinwood.de/Newsdetails.13+M51783268891.0.html>

Pestizide / Sonstiges**PAN Germany: Erfolgreicher Messeauftritt**

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) hat mit Partnerorganisationen aus Benin und Senegal auf der BioFach-Messe erfolgreich für die agrarische Produktvielfalt westafrikanischer Bio-Baumwollbauern geworben. Mit Hibiskus, Cashewnüssen, Sesam und der hier noch unbekanntem Getreidepflanze Fonio verfügen die Baumwollbauern über interessante Produkte für Europäische Händler und Hersteller. Mit partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Händlern und den Bauerngenossenschaften ist es möglich, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Einkommen und damit zur Armutsreduzierung leisten zu können. (...).

"Wir sind positiv überrascht über das große Interesse an den Produkten aus den neuen Bio-Baumwoll-Anbausystemen. Das bietet die Chance, den Bauern neue Märkte zu erschließen und endlich die Abhängigkeit von Baumwolle als einziger Einkommensquelle zu verringern", erklärt Davo Vodouhe, Direktor der OBEPAB, der Organisation zur Förderung des Biologischen Anbaus in Benin, die mit 3.000 Bauern in Benin kooperiert.

"Unser Ansatz, über den Verkauf weiterer Agrarprodukte aus dem Anbausystem der Bio-Baumwolle einen Beitrag zur Armutsreduzierung zu leisten, war für die meisten Händler neu. Er wurde von ihnen durchweg begrüßt und hat sie dazu motiviert, sich mit unseren Anbau-Projekten, den westafrikanischen Bauern und deren Produkten auch jenseits spezifischer Qualitätsanforderungen auseinanderzusetzen", ergänzt Malick Ndiaye, der für die Entwicklungsorganisation Enda Pronat die 2.000 Bauern umfassende Kooperative Yakar Niani Wulli im östlichen Senegal im Bio-Anbau und bei der Produktvermarktung unterstützt. (...).

Rückfragen: PAN Germany: Alexandra Perschau, Tel. ++49-(0)40-3991910-25.

Quelle: <http://www.pan-germany.org/deu/~presse.html>

26.4.: Tschernobyljahrestag

Zum 23. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe finden bundesweit mindestens 3 größere Anti-Atomkraft-Demonstrationen statt. Am 25.4. in Münster und am 26.4. an den Atomkraftwerken Krümmel und Neckarwestheim. Nähere Infos gibt es dazu bald auf der BBU-Homepage (Termine), <http://www.bbu-online.de>.

Eduard-Bernhard-Preis wird vergeben

Die Schriftstellerin Gudrun Pausewang bekommt für ihren Roman „ Die Wolke“ den erstmals vom BUND Hessen verliehenen Eduard-Bernhard-Preis. Eduard Bernhard war langjähriges Vorstandsmitglied des BBU's. Die Ehrung soll am 21. März in Frankfurt bei der Landesdelegiertenversammlung des BUNDs vergeben werden.

Aus der Frankfurter Rundschau 18.03.09

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.

Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;
Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden Vorstand

Layout: BI-Servicebüro Susanne Bareiß-Gülzow

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 14. April 09

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.